

## Sozialökologischer Umbau als neue Stufe der Vergesellschaftung

Die Tagung Mitte 2007 war gekennzeichnet durch eine hohe Dichte der Diskussion. Der sozialökologische Umbau als komplexen Umbau der gesellschaftlichen Strukturen, als Einheit von Veränderung und Selbstveränderung zu fassen ist, oberflächlich betrachtet, erst einmal nichts Neues. Konzepte dieses Wandels unterscheiden sich jedoch dahingehend, welche Interessen und welche Verhältnisse als gesetzt und in ihrer Substanz unveränderlich betrachtet werden, wie tief man die Veränderungen dementsprechend fasst und welche Konsequenzen der Veränderungen akzeptiert und ausgesprochen werden. Offenlegung von Interessen, von Prämissen und Konsequenzen sind Anforderungen, denen politische Konzepte selten gerecht werden. Das Maß dieser Offenheit bestimmt, inwieweit der Übergang von Moral zu wissenschaftlich fundierter politischer Konzeption gegangen wird. Sozialökologischer Umbau ist kein einfacher additiver oder auch substitutiver Prozess. Er erschöpft sich auch nicht im Abfedern sozialer Konsequenzen eines ökologischen Umbaus. Er ist nicht einfach die Einführung neuer Restriktionen in das bestehende System, etwa im Sinne einer „grünen Marktwirtschaft“ oder einer realsozialistischen Planwirtschaft mit verändertem Kennziffersystem. Als Umbau der Lebensweise erfasst er Wirtschaft, Soziales, Kultur, Wissenschaft usw. gleichermaßen... Alle diese Umschreibungen bleiben vage, auch wenn sie Teile der Problematik treffen. Die im Workshop erarbeitete Definition des sozialökologischen Umbaus bietet so weiterhin viel Stoff für die Fortsetzung der Diskussion. Diese Definition widerspiegelt sehr gut nicht nur die Vielschichtigkeit und innere Dialektik der Realität, mit der sich auseinanderzusetzen ansteht, sondern auch die Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit der Diskussionen im Rahmen des Workshop selbst.

Was sind besonders hervorhebenswerte Aspekte? Aus meiner Sicht sind folgende Diskussionsstränge hervorzuheben:

Der sozialökologische Umbau wurde diskutiert als

- Erkenntnis- und methodisches Problem
- vergesellschaftungs- und reproduktionstheoretisches Problem
- wert- und preistheoretische Fragestellung
- krisentheoretische Fragestellung
- Problem der Entwicklung der Produktivkräfte
- Frage der Veränderung und Selbstveränderung der Akteure
- Frage nach den Triebkräften des gesellschaftlichen und individuellen Handelns

sowie hinsichtlich der strategischen Konsequenzen eines derartig komplexen gesellschaftspolitischen Ansatzes.

Dabei konnten im Rahmen des Workshops vielfältige Ergebnisse früherer Diskussionen aufgegriffen werden. Viele Aussagen waren für sich genommen sicher auch nicht neu - die Besonderheit bestand gerade in der Synthese. Die genannten Schwerpunkte der Diskussion wurden eben nicht getrennt behandelt, sondern ergaben sich als Resultanten des Diskurses. Nur so wird man tatsächlich praktische Relevanz für ein derartiges Gesellschaftskonzept erlangen können.

Allerdings liegt in dieser Formulierung auch schon wieder ein Problem: sozialökologischer Umbau kann, folgt man der Substanz der Diskussionen, gar nicht im üblichen Verständnis eines Konzeptes gefasst werden. Konzept bedeutet im Alltagsbewusstsein meist, dass Wissende den Unwissenden Handlungsrichtlinien vorschlagen, denen letztere im eigenen Interesse folgen sollten. Ein solches Konzept kann der sozialökologische Umbau nicht sein. Damit kommen wir zu dem ersten Punkt, den ich besonders hervorheben möchte - der sozialökologischen Umbau als Erkenntnis- und methodisches Problem.

Dieser Aspekt sei hier hervorgehoben, weil er meist unterschätzt wird und seine Konsequenzen weitreichend sind. Wenn das Publikum gewonnene Erkenntnisse nicht aufnimmt, nicht in praktisches Handeln umsetzt, so wird dies meist mit Ignoranz, Unkenntnis oder Dummheit von Menschen, mit Mängeln in der Kommunikationsstrategie oder der Öffentlichkeitsarbeit erklärt – die Probleme werden immer im Vermittlungsmechanismus, sehr selten im Erkenntnisprozess und seiner Gestaltung selbst gesucht. Gerade aber in dem hier betrachteten Feld ist das traditionell verstandene hierarchisch orientierte Verhältnis ExpertIn / Laie nicht mehr tragfähig.

Gerade in einer gesellschaftspolitischen Diskussion, die grundsätzliche Aspekte der Lebensweise und der Machtverhältnisse in Frage gestellt, wird oft die Wahrheit der Aussagen innovativer Konzeptionen bezweifelt. Dies ist gerade in den Diskussionen um den Klimawandel deutlich zu beobachten. Wie, so muss man sich die Frage stellen, kommen wir zu Wahrheit? Welchen Weg muss Erkenntnis nehmen, um wahr zu sein? Oft werden in diesen Debatten die Erkenntnismöglichkeiten und -grenzen der einzelnen Wissenschaftszweige und Theorien nicht berücksichtigt. Diese Grenzen sind „innerwissenschaftlicher“ Natur, hängen aber genauso mit den erkennenden Subjekten zusammen. Oft wird die Interaktion von Wissenschaft und Politik als Belastung betrachtet, seltener als Quelle von Erkenntnis. In dem auf der Tagung entwickelten Verständnis von sozialökologischen Umbau ist es aber gerade diese Wechselbeziehung, die Einheit von wissenschaftlichem Erkenntnisprozess und politischem Handeln, aus

denen die Akzeptanz des Umbauprozesses resultieren soll und muss. Gefordert sind also integrierte, mehrdimensionale Analysen und Forschungen, einschließlich einer Integration von Gesellschafts- und Naturwissenschaften sowie von wissenschaftlicher Erkenntnis und Erfahrungswissen. Damit verlässt man aber den Weg der Entwicklung von Kausalketten, die Eindeutigkeit und Eindimensionalität gesellschaftlicher Entwicklung suggerieren. Ausdruck dieser (oft politisch motivierter) Arbeitsweise sind die immer wieder kolportierten wenn-dann-Katastrophendarstellungen, die eher die Akzeptanz für einen Umbau der Gesellschaft behindern als fördern. Vielmehr geht es darum, in stärkerem Maße mit ernsthaften Szenarien zu arbeiten, in denen naturwissenschaftliche und gesellschaftswissenschaftliche Seiten des Erkenntnisprozesses, akademisches Wissen und Bewegungswissen viel stärker ineinander greifen. Damit werden grundsätzliche Fragen berührt - kann ein wissenschaftlicher Erkenntnisprozess „demokratisch“ sein? Wie geht man mit eigenem Nichtwissen, mit Risiken und Fehlern um? Wie finden Wissenschaft und Gesellschaft eine gemeinsame Sprache? Wie kommt man zu adäquaten Modellen und wie geht man mit ihnen um?

Es wurde in diesem Zusammenhang hervorgehoben, dass eine zentrale Rolle dabei die unterstellten, oft nicht ausgesprochenen, Menschenbilder spielten. Diesem Gedanken ist unbedingt zuzustimmen. Sozialökologischer Umbau ist auch eine Veränderung der Wechselbeziehungen von Mensch und Natur, in die der Mensch nie als Abstraktum eintritt, sondern immer als gesellschaftliches Wesen. Betrachtet man den sozialökologischen Umbau als einen bewusst von den Massen getragenen Prozess, so ist damit der Erkenntnisprozess als deliberativer (und in diesem Sinne demokratischer) Prozess im gesellschaftlichen Maßstab gesetzt. Ausgangspunkt müsse sein, der Gesellschaft Informationen zur Verfügung zu stellen und diese in einem derartigen deliberativen Prozess in einem barrierefreien sozialen Raum zu gesellschaftspolitischen Konsequenzen zu verarbeiten. Will Wissenschaft den sozialökologischen Umbau voranbringen, muss sie und müssen die WissenschaftlerInnen in einem solchen Raum ihren spezifischen Platz finden. Anders gesagt - auch sie müssen sich als Teil des Problems begreifen. Damit betont Wissenschaft ihren Charakter als Lernprozess; in diesem Sinne ist sie anderer Erkenntnis gleich, also eben etwa der Konstituierung von Erfahrungswissen oder der „Weisheit des Volkes“.

Was über die WissenschaftlerInnen gesagt wurde, gilt natürlich voll inhaltlich auch auf PolitikerInnen zu. Als PolitikerInnen seien dabei ausdrücklich ParlamentarierInnen, AktivistInnen in Parteien und Gewerkschaften, NGO, egal ob ehrenamtlich oder hauptamtlich verstanden. Angst oder Abneigung gegen Wissenschaft genauso wie Kritiklosigkeit (vor allem wenn sie eigene Auffassungen zu bestätigen scheint) stehen dem Aufbau eines deliberativen Raumes

zur wissenschaftlichen Begleitung des sozialökologischen Umbaus entgegen. Veränderungen im wissenschaftlichen Erkenntnisprozess müssen von entsprechenden Veränderungen im politischen Willensbildungsprozess begleitet sein. Auf der Veranstaltung blieb die Frage offen, ob dabei PolitikerInnen oder WissenschaftlerInnen VorreiterInnen sein sollen bzw. können.

Interessant ist, dass damit ein Problem angesprochen wird, wie es etwa auf sozialem oder auf haushaltspolitischem Gebiet ebenfalls diskutiert wird. Mit den verschiedenen Formen der Sozialberichterstattung<sup>1</sup>, mit Projekten im Rahmen der Lokalen Agenda 21, mit Budgetanalysen oder BürgerInnenhaushalten<sup>2</sup> sind auf anderen Feldern bereits Versuche unternommen worden, auf neue Art zwischen „Fachleuten“ und „Laien“ zu Entscheidungen zu kommen - und dies recht erfolgreich. Was diese Verfahren kennzeichnet ist, dass die Methodik des Prozesses der Entscheidungsfindung wie auch die letztendlichen „fachlichen“ Entscheidungen gleichermaßen Gegenstand einer öffentlichen, direktdemokratischen, barrierefreien Diskussion sind. Die Ergebnisse stimmen mitunter nicht mit den Erwartungen der begleitenden SozialwissenschaftlerInnen überein, bestätigen sich aber in der gesellschaftlichen Praxis in der überwiegenden Zahl der Fälle. Es verknüpfen sich hier Wissenschaft und Politik dadurch, dass alle Akteure in den Prozess als Lernende eintreten, Unterschiede im Wissen und Können nicht als Hierarchie, sondern als berechtigte Verschiedenheit, als gegenseitige Bereicherung wahrgenommen werden kann. Auch wenn diese Prozesse in der Regel auf lokale Entscheidungen beschränkt bleiben, sollten sie doch als Inspiration für weitergehende Projekte verstanden werden.

Freilich sind dies auch verletzte Prozesse, die in einem feindlichen Umfeld verlaufen. Versuche der Inkorporation in neoliberale Gesellschaftskonzepte sind dementsprechend präsent. Deliberative Beteiligungsprozesse sind eben nicht unpolitisch, sie greifen in Machtverhältnisse ein und sind durch Machtverhältnisse geprägt. Indem Wissenschaft bereits heute ein zentrales Dogma der herrschenden Eliten - nämlich das vom „Ende der Geschichte“ - in Frage stellt, wird sie selbst politisch. Warum, so die Frage, wird dann der Versuch unternommen, etwa durch Projekte der Bertelsmann-Stiftung, BürgerInnenbeteiligung zu befördern? Dieser Widerspruch ist Ausdruck der Grenzen, die das tradierte politische System der menschlichen Entwicklung setzt - die heutige Gesellschaft und Wirtschaft braucht Menschen, die in der Lage sind, komplexe arbeitsteilige Prozesse zu gestalten - die Eigentums- und Machtverhältnisse setzen dem aber grundsätzliche Schranken. Dementsprechend ist der sozialökologische Um-

---

<sup>1</sup> Vgl. Ferchland, Rainer (Hrsg.) Sozialberichte: Was sie benennen und was sie verschweigen Rosa-Luxemburg-Stiftung Texte Bd. 38 Berlin 2007

<sup>2</sup> vgl. Brangsch, Petra (Hrsg.) Haushalt, Haushaltspolitik und Demokratie Rosa-Luxemburg-Stiftung Manuskripte Bd. 54 Berlin 2005 S. 99ff.

bau auch als neue Stufe der Vergesellschaftung zu diskutieren. Dies wurde schon in den Überlegungen zu den den notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen zugrunde liegenden Erkenntnisprozessen deutlich - es geht um gesellschaftliche, vergesellschaftete Erkenntnis. Faktisch ist Wissenschaft ohnehin nur noch so zu betreiben. Sie schöpft aus der Totalität gesellschaftlicher Wirklichkeit, jenseits der durch juristisch fixierte Eigentumstitel gesetzten Grenzen. Ohne die Vielfalt durch Eigentumstitel eben nicht fassbare gesellschaftliche Beziehungen, ohne ein öffentlich finanziertes Bildungssystem, ohne die sich in der Gesellschaft herausbildende Kultur ist Innovation unmöglich. Die trotzdem gegebene Monopolisierung der Ergebnisse gesellschaftlicher Innovationen durch privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen ist eine Trennung dieser Ergebnisse von ihren Quellen, ist Enteignung der Gesellschaft. Der sozialökologische Umbau wurde auf der Veranstaltung dementsprechend auch als ein Weg der Lösung des Widerspruchs zwischen den Grenzen der politischen und Eigentumsverhältnissen auf der einen Seite und dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte diskutiert. Die Verwandlung von Produktiv- in Destruktivkräfte ist inzwischen alltägliche Erfahrung. Umweltprobleme, wachsende Arbeitsintensität, Angst, verheerende Arbeitsbedingungen in vielen Teilen der Welt stehen enorme Erweiterungen technischer Grundlagen für die Bekämpfung dieser und vieler anderer Übel gegenüber. In der Konsequenz ist die Frage nach Wegen des sozialökologischen Umbaus also auch eine Frage nach Eigentumsverhältnissen. Untrennbar damit ist wiederum die Frage nach den Perspektiven der Demokratie, hier auch im Bereich der Wirtschaft, aufgeworfen. Diese Wechselbeziehungen erfassen eine Neubewertung der Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die Konstituierung von Unternehmen solidarischer Ökonomie als strukturprägende, nicht als lückenfüllende Strukturen, die Neubewertung der Ausgestaltung von betrieblicher und Unternehmensmitbestimmung, wie auch neue Formen der Technikfolgenabschätzung. Als Zielrichtung des sozialökologischen Umbaus könnte man unter diesem Gesichtspunkt einen Aneignungsprozess beschreiben, der durch eine neue Harmonie von und in Natur und Gesellschaft gekennzeichnet ist. Dabei bedeutet Harmonie keinesfalls Widerspruchsfreiheit - jede/r MusikliebhaberIn wird zustimmen, dass das Merkmal der Harmonie nicht die Widerspruchsfreiheit, sondern das Potenzial der Lösung und Neusetzung von Widersprüchen im Musikalischen bedeutet.

Neu zu durchdenken ist vor diesem Hintergrund etwa die von Marx gegebene Beschreibung der historischen Tendenz der Entwicklung der Eigentumsverhältnisse:

„Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit

der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation... Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf der Grundlage der Errungenschaften der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.<sup>3</sup>

Individuelles Eigentum bedeutet hier Überwindung der Entfremdung von den Mitteln der eigenen Reproduktion als gesellschaftliches Wesen, Verhalten zu den Natur- und gesellschaftlichen Bedingungen als eigenen, für die man dann letztlich auch verantwortlich ist. Marx entwickelt hier eine Tendenz, die auch eine Vision ist. Das Projekt eines sozialökologischen Umbaus muss aber mehr leisten - es muss zeigen, dass es in der Lage ist, Triebkräfte freizusetzen, die denen der kapitalistischen Konkurrenz überlegen sind. Nur dann, und dies ist mindestens die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte, wird es als Alternative zum bestehenden System erfolgreich sein. Löst er diesen Anspruch nicht ein, degeneriert es zu einem „grünen Kapitalismus“.

Dies ist möglicherweise eines der brisantesten Resultate der Diskussion. Sozialökologischer Umbau ist nur denkbar als eine bewusst von den Massen getragene gesellschaftliche Aktion. Er ist nicht zu haben als Folge der Verschiebung von Parametern der Marktregulierung. Er ist Überwindung von Entfremdung und stützt sich auf eine neue Qualität von Individualität, die sich bewusst im Gesellschaftlichen gründet. Er stellt damit eine entscheidende Frage an die bestehenden politischen Organisationen: Bieten sie in den bestehenden Strukturen Menschen die Möglichkeit, sich in dieser Richtung zu entwickeln? Entsprechen die Konzepte der Linken, und die Art, wie sie entstehen, diesen neuen Ansprüchen des Vergesellschaftungsprozesses? Sicherlich nicht. Die Suche nach den Formen, die einen sozialökologischen Umbau möglich machen, hat gerade erst begonnen. Es ist ein großes Verdienst des Workshops, zur Schärfung der Fragen in diesem Suchprozess entscheidend beigetragen zu haben.

Dr. Lutz Brangsch

---

<sup>3</sup> Marx, Karl: Das Kapital Bd.1 Berlin 1971, S. 791